

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

2.11.1923 (No. 251)

Verlagspreis (freibleibend)
d. d. Träger Nr. 1.500.000.000. (b. d.
Abh. in Karlsruhe 1.400.000.000)
wöchentlich. Abbestellungen können
nur bis zum 25. auf den Monats-
schluß erfolgen.

Badischer Beobachter

Anzeigenpreis:
1. halbt., 1 mm hoch 60 Pf., im Re-
klamewort 120 Pf., Schriftgröße (Mittel-
schnitt) 24.000.000. Anzeigen sind
im Voraus zu bezahlen. Bei Wieder-
holung ermäßigt. Bei langfristiger
Anzeige besondere Konditionen.
Kontaktschreiben an den Verleger.

Verlegerin und Herausgeberin: M. v. G. „Badenia“ (Wilhelm Jöhner, Direktor),
Notationsdruck der „Badenia“ M. v. G., Karlsruhe, Adlerstraße 42.
Druckadresse: Beobachter, Postfachkonto Nr. 1484, Karlsruhe 1844.

Erscheint wöchentlich einmal täglich. — Zeitungen: „Blätter für den Familien-
und Frauenmischling“. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch
auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Verkaufspreises.
Schluss der Anzeigen: Karlsruher, mittwochs 6 Uhr.

Verantwortlicher: A. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Meyer
für den Nachrichten- und unterhaltenden und literarischen Teil: Dr. A. Berger,
für die Anzeigen: A. Bursler, sämtlich in Karlsruhe.

Entspannung der Lage in Sachsen.

Die neue Regierung in Sachsen.

Die Vereidigung des Ministerpräsidenten.
Dresden, 2. Nov. Die gestrige, für abends 8 Uhr
anberaumte Sitzung des sächsischen Landtags wurde
um halb 10 Uhr eröffnet, da die einzelnen Fraktionen
bis dahin noch Beratungen pflogen. Vor Ein-
tritt in die Tagesordnung stellte der deutschnationale
Abg. P. U. den Antrag, die Vereidigung des
Ministerpräsidenten auszuschieben und auch die Regie-
rungserklärung nicht entgegenzunehmen, da die
Wahl des Ministerpräsidenten gescheitert vor sich
gegangen sei. Der Abg. Rejser (D. V.) stellte
ebenfalls einen Vertagungsantrag. Nachdem die beiden
Vertagungsanträge abgelehnt waren, trat das
Haus in die Tagesordnung ein und die Vereidigung
des Ministerpräsidenten erfolgte. Darauf trat
eine kleine Pause ein, um dem Ministerpräsidenten
zu ermöglichen, die Minister zu vereidigen. Die
Kommissionen und Deutschnationalen hatten inzwi-
schen den Saal verlassen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung des Landtags
gab Ministerpräsident Hellisch folgende Erklärung ab:
Nachdem ich meinen Eid geleistet und damit mein
Amt als Ministerpräsident angetreten habe, habe ich
zu weiteren Mitgliedern der neuen Regierung des
Freistaats Sachsen die folgenden Herren berufen:
Herrn Minister Liebmann als Minister des Innern
und als Stellvertreter des Ministerpräsidenten,
Herrn Minister Heldt als Finanzminister, Herrn
Minister Lehmann als Minister für Volksbil-
dung, Herrn Minister Neu als Justizminister, Herrn
Geyer als Minister für Landwirtschaft,
Herrn Minister Rejser als Arbeitsminister.
Sämtliche Herren haben sich zur Annahme des Amtes
bereit erklärt. Ueber die Neubestellung des
Wirtschaftsministeriums sind die Verhandlungen noch
nicht zum Abschluß gekommen. Ich werde deshalb
vorübergehend die Leitung dieses Ressorts mit über-
nehmen. Die nächste Sitzung des Hauses findet
Dienstag, den 6. November, mittwochs 11 Uhr statt.
Tagesordnung: Regierungserklärung; Aus-
sicht über den Antrag Dr. Rejser auf Auflösung des
Landtags.

Berlin, 2. Nov. Der Reichspräsident hat, nachdem
in Sachsen eine neue Regierung gebildet worden ist,
durch Verordnung vom gestrigen Tage die am
29. Oktober auf Grund des Artikels 48 der Reichs-
verfassung erlassene Verordnung zur Wiederher-
stellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im
Gebiete des Freistaats Sachsen wieder auf-
gehoben.

Die Klärung der Lage in Sachsen.

Dresden, 1. Nov. Nachdem der neue Minister-
präsident Hellisch vom Landtag gewählt und
dies dem Reichskommissar Dr. Heineke zur Kennt-
nis gebracht worden ist, hat sich der Reichskommissar
nach Berlin begeben und dem Reichskanzler über
die nunmehr gesicherte Lage Bericht erstattet. Der
Reichskanzler hat dem Ministerpräsidenten Hellisch
erlaubt, ihm die Ministerliste seines neuen Kabinetts
mitzuteilen. Der Reichskommissar wird nunmehr
im Laufe des heutigen Vormittags den sächsischen
Ministerpräsidenten empfangen und ihm die Stel-
lungnahme der Reichsregierung bekannt geben. Es
ist zu erwarten, daß die Ziele, zu deren Erreichung
die Reichsregierung den Reichskommissar eingesetzt
hat, damit erreicht sind. Um Mißverständnissen
vorzubeugen, teilt das Reichskanzleramt mit,
daß an der Durchführung des Ausnahmezustandes
der Unterstellung der Staatspolizei unter den Be-
fehl des Reichskommissars und den hierzu getroffenen Ver-
einbarungen sowie den Aufgaben der eingesetzten
Truppen sich nichts geändert hat.

Reichskommissar Heineke gibt sein Amt zurück.

Berlin, 1. Nov. Wie die Zeit meldet, hat der Reichs-
kommissar für Sachsen Dr. Heineke, nachdem ein neues
Kabinett in Dresden gebildet ist, sein Amt in die Hände
des Reichskanzlers zurückgegeben.

Weitere Schwierigkeiten?

Dresden, 2. Nov. Wie die Telegraphen-Union
erfährt, hat nicht nur der Reichstagsabgeordnete
K. R. die ihm angebotenen Posten als
Wirtschaftsminister in Sachsen abgelehnt, sondern auch
der für das Arbeitsministerium bestimmte gewesene
bisherige Arbeitsminister Gruppe hat die An-
nahme dieses Postens verweigert. An seiner Stelle
ist der Gewerkschaftsführer Elsner in die Mi-
nisterliste eingestellt worden. Der für den Posten
des Innenministers bestimmte gewesene bisherige
Innenminister Liebmann hat erklärt, diesen
Posten nur für die Dauer der großen Koalition in
Berlin annehmen zu wollen und zurückzutreten,
falls diese Koalition zur Auflösung kommt.

Die Vorgänge an der bayerisch-thüringischen Grenze.

Berlin, 2. Nov. Ueber die Zusammenziehung
von brennend bayerischen Organisationen an der
thüringisch-bayerischen Grenze haben die bisherigen
Feststellungen an Ort und Stelle ergeben, daß auf
der thüringischen Seite ein großer Teil der thüringischen
Landespolizei und auf der bayerischen Seite
Selbstschutzorganisationen in Stärke von zwei
Bataillonen sich befinden. Zwischen beiden Parteien,
die sich bisher abwartend verhalten, ist es bislang
nicht zu Zwischenfällen gekommen.

Die Fraktionsitzungen in Berlin.

Erkrankung des Reichskanzlers.

Berlin, 1. Nov. Zu der heute nachmittag abge-
haltenen Sitzung der Sozialdemokraten waren
wesentlich mehr Mitglieder der sozialdemokratischen
Partei im Reichstag erschienen als gestern. Da-
gegen ist die demokratische Fraktionsitzung auf
Freitag verschoben worden. Das Zentrum ist
wegen des Feiertags nicht im Reichstagsgebäude
anwesend. Man glaubt nicht, daß am heutigen
Tag eine wesentliche Entscheidung zustandekommen
wird, ist man doch in Kreisen der großen Koalition
der Meinung, daß das Verbleiben der Sozialdemo-
kraten in der Regierung auch dann möglich wäre,
wenn die drei von der Sozialdemokratie gestellten
Voraussetzungen nicht wortwörtlich erfüllt werden.

Berlin, 1. Nov. Da der Reichskanzler leicht er-
krankt ist, jedoch er auf ärztliche Anordnung hin das
Bett hüten muß, wurde der für Donnerstag vor-
mittags angekündigte Ministerrat, der sich mit der
Rheinlandfrage und den industriellen Vorgesprächen
befassen sollte, auf Nachmittags verlegt und wird
am Krankentage des Kanzlers stattfinden. Die Un-
terredung der sozialdemokratischen Fraktionsführer
mit dem Kanzler wird abends um 8 Uhr ebenfalls
im Krankenzimmer vor sich gehen.

Vertagung der sozialdemokratischen Fraktionsitzung.

Berlin, 2. Nov. Die sozialdemokratische Fraktions-
itzung, die gestern abend neun Uhr begann, war
infolge der ergebnislosen Vorgespräche der sozialisti-
schen Parteiführer beim Reichskanzler nur von kurzer
Dauer. Außer dem Kabinett hatten auch die
anderen Koalitionsparteien den Wunsch geäußert,
vorher noch einmal Stellung zu den Forderungen
der Sozialdemokraten nehmen zu können. Die sozial-
demokratische Fraktion beschloß, sich auf heute nach-
mittag zu vertagen.

Englischer Protest gegen die
Sonderbündler.

Die englische Note an Frankreich.

Paris, 1. Nov. Die englische Rheinlandnote
ist gestern abend auf dem Quai d'Orsay überreicht
worden. Sie erklärt, daß die Signatarmächte des
Verfallenen Artikels 27 die Grenzen des
Deutschen Reiches garantiert hätten und daß sie
demgemäß kein Recht hätten, aus den rheinischen
Provinzen einen von Deutschland unabhängigen
selbständigen Staat zu schaffen. Die Note bringt
weiterhin die Zweifel der englischen Regierung
an der Spontanität und der Unabhängigkeit
der separatistischen Bewegung zum Aus-
druck. Nach den Mitteilungen der Blätter soll dies
jedoch in sehr freundlichen Wendungen und
ohne irgendwelche präzisen Vorwürfe gegen Frank-
reich und Belgien geäußert. Das Dokument folgt
den Standpunkt der englischen Regierung, nämlich
dazu zusammen, daß ein separatistischer rheinischer
Staat außerhalb des Verbandes des Deutschen
Reichs als eine Verletzung des Verfallenen Artikels
angesehen werden müsse, und deshalb nicht anerkannt
werden könne. Eine gleichlautende Note ist nach
Brüssel abgehandelt worden.

Poincares Vorbehalts.

Paris, 2. Nov. Poincare hat sich bereit, auf
die letzte Note der englischen Regierung eine An-
twort zu erteilen und dem französischen Volk in
London entsprechende Instruktionen zu geben. Poin-
care nimmt demnach den Vorschlag Englands, eine
gemeinsame Einladung der Alliierten an Amerika zu
senden, an, macht aber den Vorbehalt, er verlange
nicht, daß in dem Text der Einladung an Amerika
eine kleine, aber bedeutungsvolle Abänderung
vorgenommen wird. Der englische Text spricht von
einer „Sachverständigenkonferenz zur Prüfung der
Zahlungsfähigkeit Deutschlands“. Zu
dem Wort „Zahlungsfähigkeit Deutschlands“ soll
nun der Zusatz „augenblicklich“ gemacht werden. So
gedenkt erscheinend der französische Mini-
sterpräsident den Aktionsradius der bevorstehenden Sachver-
ständigenkonferenz von vornherein einzuschränken, um zu
verhindern, daß die Sachverständigen sich irrtümlich
mit der Frage der Gesamthöhe der deutschen Schuld
beschäftigen können.

Die Entente und die Separatistenbewegung.

Paris, 2. Nov. Zu der englischen Note betreffend
die rheinische Abfallbewegung, die Lord Greve
vorgestern nachmittag im Quai d'Orsay überreichte,
werden u. a. nachstehende Einzelheiten bekannt:
Die englische Regierung führt in dem
Dokument aus, sie sei nicht gewillt, die rheini-
sche separatistische Bewegung anzuerkennen und
beschäftigt sich, jedem separatistischen Aufschwung
in der englischen Zone zu widerstehen. In poli-
tischer Beziehung stellt sich die englische Regierung
auf den Standpunkt, daß die Frage der rheinischen
Unabhängigkeit nicht nur ausschließlich Frankreich
und Belgien, sondern alle Alliierten an-
gehe und insbesondere für die Aufrechterhaltung
des europäischen Gleichgewichts von großer Bedeu-
tung sei. Von juristischen Bedenken ausgehend, ver-
sucht Lord Curzon in dem Schriftstück weiter nach-
zuweisen, daß die Verbündeten nur eine im Rahmen

des Deutschen Reichs vollzogene Autonomie aner-
kennen können. Er erinnert in diesem Zusammen-
hang daran, daß die Grenzen des Deutschen Reichs
in Artikel 27 des Versailler Vertrags festgelegt sind
und jede territoriale Veränderung im Widerspruch
zu dieser Klausel des Vertrags stehen würde. Es
wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sowohl
die französische wie die belgische Regierung sich in
der Behandlung der rheinischen Frage Zurück-
haltung auferlegen und nur im Einvernehmen
mit der englischen Regierung und den übrigen Ver-
bündeten irgendwelche Beschlüsse fassen.

Wie der Brüsseler Temps-Korrespondent nach-
mittelt, wurde eine gleiche Note der belgischen Re-
gierung durch den englischen Botschafter Sir Cra-
ham vor gestern nachmittag überreicht. Minister
Jaspars betonte nach dem Korrespondenten bei
dieser Gelegenheit, daß die belgische Regierung be-
reits seit dem 21. Oktober gegenüber der Separati-
stischen Bewegung eine absolute neutrale Haltung
eingenommen habe. Gleichzeitig wies Außenminister
Jaspars die Behauptung, wonach belgische Offiziere
zugunsten der Abfallbewegung Stellung genommen
hätten, mit aller Entschiedenheit als völlig un-
gegründet zurück. Die eingeleitete Untersuchung, so
betonte er, habe die völlige Loyalität dieser Be-
hauptungen gezeigt.

In Paris wird im Hinblick auf das britische
Dokument, dessen Inhalt nicht vollständig bekannt
gegeben wurde, berichtet, es sei in einer unheim-
lich unvorhergesehenen Weise abgefaßt. Die Pariser
Regierung beschäftigt, wie man hört, demnach darauf
zu antworten und zwar, wie der Intranigant zu
wissen glaubt, in Form einer Geheimnote, um auf
diesem Wege den privaten und unverbindlichen
Charakter der von London ausgehenden Aus-
sprache über das Rheinlandproblem zu betonen und
gleichzeitig darauf zu verweisen, daß die Pariser Re-
gierung sich in die inneren Vorgänge im Reich, in
diesem Falle also die separatistische Bewegung im
Rheinland, offiziell nicht einzumischen gedenkt.

Das Sonderbündlergesindel.

London, 2. Nov. Der von dem Daily Telegraph
nach dem Rheinland entlassene Sonderberichterstatter
berichtet, die rheinische Republik sei ein
Lügner- und Schredensstaat, der von
Verbrechern schlimmerer Sorte regiert werde. Die
Rheinländer hätten mit einer solchen Republik nicht
das geringste zu tun. Man habe den Eindruck —
und das sei keine Übertreibung —, als ob die Zucht-
häuser geöffnet worden seien, um eine Regierung zu
bilden. In Paris sehe man sich umsonst nach
einem Regierungsmitglied um, das nicht wie ein
Verbrecher aussehe. Die Befreiungsarmee werde von
den Franzosen und Belgiern rekrutiert und bezahlt.
Darüber sei kein Wort zu verlieren. Die unverkenn-
bare Absicht sei, das Gebiet der Korrespondent, daß
die Befreiungsarmee einen Terror treibe, um die
Bevölkerung zu machen. Wenn das getan sei,
werden diese Barden verschwinden und dann werden
sich die verantwortlichen Führer zeigen, die die Lei-
tung des Ganzen übernehmen.

Oberbürgermeister Wbenauer für das bedrückte
Rheinland.

Köln, 2. Nov. Vor dem Aufammentritt der Stadt-
verordnetenversammlung nahm Oberbürgermeister
Wbenauer das Wort zu folgenden Ausführungen:
In weiten Teilen des Rheinlands herrscht Schreck-
en und Gewalt. Diejenige, die unter der Bedrück-
ung der Separatisten leiden, mögen versichert sein,
daß wir, die wir uns einer verhältnismäßigen Ruhe
erwehren, ihrer in Liebe und Unhänglichkeit ge-
denken. In hoher Anerkennung und mit Dank gedenken
wir auch derjenigen, die ihr Leben für die Verteidi-
gung ihrer Heimat geopfert haben.

Worms von Sonderbündlern befreit.

Worms, 31. Okt. Die Separatisten haben gestern
abend 6 Uhr hier die rheinische Republik ausge-
rufen. Auf dem Kreisamt weht die grün-weiß-rote
Fahne.

Dr. Heim warnt vor einer Abtrennung
Bayerns.

München, 1. Nov. Wie der Bayerische Kurier
meldet, hat sich auf der Landesversammlung der
Bayerischen Volkspartei der Abgeordnete Heim
viel eingehender, als erst berichtet wurde, über die
Frage des Separatismus geäußert. Er erklärte,
wenn man ihn frage, ob der Separatismus für
Bayern Vorteile brächte, wenigstens im Augenblick,
so würde er sagen: „Ja, gewaltige Vorteile!“ Er
zweifelt nicht, daß beispielsweise die bayerische Mark
höher würde als die österreichische Krone. Sollen
wir nun mit dem Reich hängen, oder nach dem
Rettungsanker der Separatisten greifen? Er sagte,
eine Separation brächte wohl einen augenblicklichen
Erfolg, würde uns aber später umso tiefer in den
Abgrund stoßen. Die momentanen Vorteile würden
Jahre der Luße bringen. Er warne deshalb
seine Freunde ausdrücklich vor einer solchen Politik.

Amerika und die deutsche Not.

New York, 1. Nov. Bekannte Träger des mittle-
ren Weltens gründeten einen Ausschuss zwecks Bei-
hilfe zur Speisung von zwei Millionen deut-
scher Kinder in der Zeit von Anfang November bis
April. Die Kosten betragen 5.490.000 Dollar,
wovon Deutschland etwas beisteuert. Präsident

Coolidge wird, wie verlautet, dem Kongreß die
Annahme eines Kredits zur Ausfuhr von fünfzig
Millionen Dollars Weizen nach Deutschland
empfehlen, um der durch die mangelnde Kraft
Europas hervorgerufenen Notlage der Farmer ab-
zuhelfen. Deutschamerikanische Reaktionen sprechen
die Befürchtung aus, daß die Judenfrage in Bayern
der hiesigen deutschen Hilfsaktion sehr nach-
teilig sei. (S. 14.)

Die englischen Kohlenpreise abgeschlossen.

London, 2. Nov. Die Handelsleute der englischen
Blätter melden, daß das Kohlenabkommen, das mehrere
Großhändler zur Deckung des Kohlenbedarfs der Reichs-
bahn in London abgeschlossen haben, endgültig zu-
stande gekommen sei. Die Verhandlungen, die auf eng-
lischer Seite Mac Kennally führte, ergaben, daß die
Spezialisten gegen Garantien der Berliner Großbanken
für die Kohlenbeschaffung bereit waren, in England einen
Kredit von 5 Millionen Pfund vorläufig für 6 Monate
einzuzäumen, einverstanden ist.

Landtagsabgeordneter Bod verhaftet.

Landtagsabgeordneter Bod verhaftet.
Bretsch, 1. Nov. Unter den auf Veranlassung des
Oberreichsanwalts hier verhafteten Kommunisten be-
findet sich auch Landtagsabgeordneter Bod und Stadtver-
ordneter Gerbster die beide nach Freiburg abtransportiert
sein sollen.

Die Frage der Goldlöyne.

Berlin, 2. Nov. Im Reichsarbeitsministerium
wurde die Frage des Übergangs zu den Goldlöy-
nen zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und
Arbeitnehmer eingehend besprochen. Es ergaben sich
in einer Reihe von Fragen Leberegimmungen
der beiderseitigen Auffassungen, wenn es sich nicht
gelänge, eine volle Einigung zu erzielen. Eine Fort-
setzung der Besprechungen ist in Aussicht genommen.
Der Reichsarbeitsminister selbst ist der Ansicht, daß
in der Frage der Umstellung der Löhne in Gold,
die für das Gelingen der Währungsreform von
größter Bedeutung ist, von allen Beteiligten mit
äußerster Sorgfalt und Sachlichkeit heranzutreten
werden muß, vorentscheidend nicht mehr bestritten werden
kann, daß auch auf dem Gebiet der Goldberechnung
der Übergang zur Goldlösung grundsätzlich be-
rechtigt ist, so muß doch der Zeitpunkt der Umstel-
lung unter Berücksichtigung der Lage der einzelnen
Industrie- und Gewerbebezirke vorzüglich gewählt
werden. Die Höhe der Goldlöyne kann nicht
durch Umrechnung der derzeitigen Papiermüllöhne
nach einem zufälligen Kurs ermittelt werden. Sie
ist vielmehr unter genauer Berücksichtigung der
wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Ein-
zelfall vorzufaktin zu prüfen. Bei dem
derzeitigen Stand der Gütermärkte und der Güter-
erzeugung werden die Friedenslöyne nicht erreicht
werden können. Mit der Verarmung unserer
Wirtschaft, auf die sich das gesamte Volk einstellen muß,
werden auch die Arbeiter rechnen müssen. Einen
wertvollen Anhalt bei der Bestimmung der Löhne
werden zentrale Vereinbarungen der größeren
Verwerksgruppen geben, die aber selbstverständlich nicht
schematisch angewendet werden dürfen. Daß die
Auszahlung der Löhne in wertbeständigen Zahlungsmitteln
nur nach und nach, gemessen an der Zu-
nahme dieser Zahlungsmittel im Verkehr, erfolgen
kann, darauf hat der Reichsarbeitsminister schon
früher hingewiesen.

Ausschaltung der deutschen Mark aus dem schweizerischen
Bankverkehr.

Die schweizerischen Großbanken teilen in einem
Zirkular an ihre Kunden mit, daß sie sich genötigt sehen,
infolge der nahezu völlig entwerteten deutschen Mark-
valuta besondere Maßnahmen und Einschränkungen bei
Markovaluatransaktionen einleiten zu lassen. Die Zins-
scheine der im Depot liegenden deutschen Markpapiere
werden in Zukunft nicht mehr abgetrennt und gleichgeschrie-
ben, ebenso unterbleibt die Verlesung der Kontrollen.

Vorauszahlungen auf die staatliche Grund- und Gewerbe-
steuer am 31. Oktober 1923.

Zu der in diesen Tagen von der Steuerabteilung der
Landesfinanzverwaltung in Karlsruhe veröffentlichten Notiz über die
am 31. Oktober 1923 fällig werdende weitere Voraus-
zahlung auf die staatliche Grund- und Gewerbesteuer ist
nachzutragen, daß das Finanzministerium für die Ein-
richtung inwischen infolge einer Gleicheitigung geschaffen
hat, als bis einschließlich 5. November 1923 die Steuer
zu dem am 31. Oktober geltenden Goldumrechnungssatz
auch dann gezahlt werden kann, wenn er sich inzwischen
weiter erhöht; auch werden Goldzugewinne für die
Zeit bis zum 5. November nicht erhoben.

Durchgangsverkehr an der Schweizer Grenze.

Mit Einführung des Goldtarifs im Personenverkehr
der Eisenbahn auf 1. Nov. ist eine Erleichterung im
oberbayerischen Grenzgebiet infolge ein-
getreten, als der Verkehr der in Deutschland liegenden
Stationen unter sich im Übergang durch die Schweiz von
dem Anfangs bis zur Bestimmungenstellung fünfzig nach
dem deutschen Goldtarif berechnet wird. Die letztere bei
der Veranschlagung der Fahrpreise für die auf Schweizer
Gebiet liegenden Reichsbahnstrecken zu Grund gelegenen
schweizerischen Bundesbahnhöfen kommen daher in die-
sem Durchgangsverkehr nicht mehr zur Anwendung. Die
für den Nachverkehr getroffenen besonderen Maßnahmen
treten von diesem Tage an außer Kraft.

Die badische Goldschahenweisungen. Das kürzlich er-
lassene Notgesetz über die Ausgabe von badischen Gold-
schahenweisungen (Badennot) ist dahin geändert wor-
den, daß der Gesamtbetrag der zur Ausgabe ge-
langenden Anleihe auf 8.400.000 Goldmark (zwei Mil-
lionen nordamerikanischer Dollar statt wie bisher 500.000
Dollar) erhöht worden ist.

Die üblichen Anklagen Poincares.

Eine neue Rede in Nevers.

Paris, 1. Nov. In der Rede, die Poincare gestern in Nevers gehalten hat, wies er darauf hin, daß Frankreich in Europa keine territorialen Vorteile aus dem Kriege gezogen habe und man ihm Sicherheiten und Garantien versprach. Diese Versprechungen seien nicht gehalten worden.

Lange bevor Frankreich den Entschluß gefaßt hatte, das Ruhrgebiet zu besetzen, habe Deutschland systematisch seinen Bankrott organisiert. Nicht das Land, sondern der Staat und der Mittelstand seien ruiniert. Deutschland sei und bleibe reich. Es besitze ungeheure Hilfsmittel, aber diese hätten die Großindustriellen und die großen Banken in skandalöser Weise an sich gerissen. Sie wollten dem Staate nichts geben und der Staat bemühte sich nicht ernstlich, sie zur Erfüllung ihrer Bürgerpflicht zu zwingen. Daher die scheinbare Not des Deutschen Reiches, daher das nur allzu wirkliche Elend der intellektuellen Kreise, der Kleinhandelsbetriebe, der Handwerker und der Arbeiter. Aber der deutsche Landwirt stelle sich nicht schlecht. Die Großgrundbesitzer hätten sich ebenso wie die Industrie und der Handel bereichert.

Keine der deutschen Regierungen habe den Mut gehabt, sich von einer Bürokratie zu befreien, die vom feilerischen Geiste vergiftet sei; keine Regierung habe die Propaganda der Revolution und des Hasses gegen Frankreich gebremst, die in den Gymnasien und in den Mittel- und Volksschulen betrieben werde; keine Regierung habe die Reichswehr und die Schupo, die beide sich der Zentralautorität entzogen, zur Durchführung des Friedensvertrages von Versailles bewegen können. Die Reichswehr verbinde sich mit den Geheimorganisations und mit der „schwarzen“ Reichswehr und bilde so in ganz Deutschland eine unabhängige und furchtbare Macht.

Diese Anarchie habe schon vor der Ruhrbesetzung bestanden. Das Reich habe sich natürlich durch seinen Widerstand verhärtet. Es habe bis zum Schluß auf wunderbare Interventionen erwartet und sich erst von der Wirklichkeit überzeugt an dem Tage, an dem es vom Zusammenbruch bedroht war.

Die Verantwortlichkeit Deutschlands sei es, die Frankreich zwingt, bis zur vollkommenen Bezahlung das Ruhrgebiet zu besetzen.

Obwohl das Deutsche Reich in seiner Mitteilung an die Reparationskommission behauptet habe, daß es nicht mehr in der Lage sei, die Kohlenlieferungen zu finanzieren, wachse die Kohlenzahl, die Frankreich kostenlos beschert sei, alle Tage. Es beginne nun, den Lohn seiner Anstrengungen zu ernten. Jetzt sei nicht der Augenblick, die Forderung zu wechseln und es werde dies auch nicht geschehen. Frankreich wüchse lebhaft in vollem Einvernehmen mit seinen Alliierten so rasch wie möglich die Reparationsfrage zu regeln, an deren Regelung es stärker interessiert sei als irgend jemand.

Aber es wolle weder die Fortsetzung dieser Schuldforderung revidieren noch seine Rechte aufgeben, noch auf seine Pflichten verzichten, noch den Vertrag zerreißen, der von so vielen Nationen unterzeichnet worden sei. Möge man prüfen was Deutschland zurzeit oder auf eine kurze Zeit zu zahlen imstande sei. Möge die Reparationskommission die neuen Zahlungsmodalitäten bestimmen. Möge sie die Mittel ausfindig machen, die deutschen Finanzen zu sanieren und die Währungsfrage des Reiches zu bereinigen. Das sei ihr Recht.

Aber man möge von ihr nicht verlangen, daß sie ihre Beschlüsse über den Betrag der alliierten Forderungen desoriente oder auf unbestimmte Zeit die Zukunft festzulegen.

In seinem Schlusswort erklärte Poincare noch einmal, daß Frankreich keinerlei Gebietszuwachs begehre. Es wolle die Freiheit aller Völker und wüchse mit Deutschland selbst die Beziehungen auf der Basis der Gerechtigkeit aufbauen. Aber er gebe den Vertrauen, der mit dem Blute der französischen Gefallenen besetzt worden sei nicht auf.

Die Verhandlungen der Ruhrindustriellen.

Berlin, 2. Nov. Der Abgeordnete Stinnes war gestern in Berlin eingetroffen und hat dem Reichsfanzler über die Verhandlungen zwischen Industriellen und Einbruchsmächten Bericht erstattet. Daraufhin fand im Laufe des Abends eine Ministerbesprechung beim Reichsfanzler statt, die aber noch nicht zu Ende geführt werden konnte, vielmehr heute fortgesetzt werden soll. Dem Vernehmen nach ist der zwischen den Industrievertretern und den französisch-belgischen Vertretern geplante Vertrag über die Arbeitswiederaufnahme im besetzten Gebiet und über Kohlenlieferungen, sowie Zahlung der Kohlensteuer noch nicht unterzeichnet.

Die D. N. R. teilt mit: In der Presse erscheint eine Mitteilung, daß eine Vereinbarung zwischen Vertretern des rheinisch-westfälischen Bergbaus und den Franzosen getroffen sei. Diese Nachricht ist nicht zutreffend. Die Verhandlungen schweben noch. Paris, 2. Nov. Poincare empfing eine Delegation von französischen Großindustriellen, u. a. de Wendels, den Vorsitzenden des Comité des forges. Die provisorische Freilassung v. Krupp's wurde um acht Tage verlängert.

Mehr als 6000 Billionen geraubt.

Nach einer halbamtlichen Mitteilung haben die Franzosen gestern einen für die Reichsbanknebenstelle 6 Uhr bestimmten Geldtransport im Betrage von 3000 Billionen Mark fortgenommen. Der Gesamtbetrag der von den Franzosen beschlagnahmten Reichsbankgelder hat damit die Ziffer von 60000 Billionen überschritten.

Der Regie-Franken.

Paris, 2. Nov. Dem Journal wird aus Mainz telegraphiert, daß der Regie-Franken von gestern ab in Umlauf gesetzt worden ist. Diese neue, von der Regie geschaffene Münze, soll vorläufig nur im Eisenbahnbereich Verwendung finden und wird in Scheinen von 5 Centimes bis 10 Franken ausgegeben. Die erste Emission beträgt 50 Millionen Franken.

Zu dem österreichischen Wahlergebnis.

Wien, 30. Okt. Die endgültigen Ziffern für die Nationalratswahlen ergaben 82 Christlichsoziale, 68 Sozialdemokraten, 13 Großdeutsche und 2 Landbündler.

Obwohl die Christlichsozialen von der Wählerschaft ein glänzendes Zeugnis des Vertrauens erhalten haben, ist man mit dem Wahlergebnis im gesamten doch nicht zufrieden, weil die Wählerschaft doch nicht den Grad von politischer Reife bewiesen hat, die im Interesse des Sanierungswerks in Österreich wünschenswert gewesen wäre. Das Neue Reich schreibt dazu in einem Artikel von Dr. Eugen Lasker:

„Es wurde das Sanierungswerk mit Hilfe des Völkerverbundes begonnen und seine Durchführung bis Ende 1924 in Aussicht genommen. Es bestand von vornherein kein Zweifel, daß diese Sanierungsaktion, deren parlamentarischer Träger namentlich eine zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen gebildete Regierungskoalition war, selbst bei vollständigem Gelingen von der Bevölkerung schwerste materielle Opfer verlangt. Wenn daher trotzdem einer Verchiebung der Neuwahlen zum österreichischen Nationalrat ausgedrückt wurde, so war dafür die Hoffnung auf eine gewisse politische Reife des österreichischen Volkes maßgebend, von dem man erwartete, daß es die Demagogie und die tatsächliche auch mit aller Strupflosigkeit und einem ganz ungewöhnlichen Aufwand durchgeführte Wahlpropaganda der Sozialdemokratie durchschauen würde. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Namentlich in Wien gab bei breiten Massen die Beurteilung der materiellen und unmittelbaren Folgen des Sanierungswerkes den Ausschlag und trübte den Blick für eine weitreichendere Auffassung der Politik. Ein deutlicher Beweis dafür, daß die moderne Demokratie mit ihrem Rabulenkult und ihrer systematischen

Erziehung zu einseitiger Hochschätzung materieller Werte kein geeigneter Boden für eine Durchsetzung der Prinzipienpolitik gegenüber demagogischer Verheugung und Blattpolitik ist.“

Gräfin Christiana von Preysing, Gründerin der Mädchenschulvereine.

Von Frau Selene Hoffmann, Freiburg i. Br. In der Nacht auf den 1. Oktober verschied zu München nach langem, schwerem Leiden die Gründerin der katholischen Mädchenschulvereine Deutschlands und die Erste Vorsitzende des Bamberischen Landesverbandes der katholischen Mädchenschulvereine, Excellenz Gräfin Christiana von Preysing-Richtenegg-Moos. Ein rastloses Leben hat sein Ende gefunden. Eine seltsame, von hervorragenden Geistesgaben begabte Persönlichkeit ist mit ihr dem katholischen Deutschland genommen, eine Frau mit eigenem Willen, weitbildendem Verstand und echtem Frauenherzen für alle Ränge der weiblichen Jugend. Es war Gottes Fügung, daß der Kapuzinerpater Cyriacus Fröhlich im Jahre 1895 gerade in München über die Notwendigkeit einer großartigen Frauenorganisation zum Schutze der weiblichen Jugend sprach. In einträuglichen Worten forderte er die Gründung eines Vereins, der von apostolisch gesinnten Frauen geleitet, sich der in der Fremde befindlichen Mädchen annehmen sollte. Der Plan war großartig angelegt, es sollte aber ausführenden Organen. Der Punkt zündete! Mit klarem, weitgehendem Blick erkannte die nun verlebte Gräfin Preysing, daß sich hier ein neuer Aufschwung für sie öffnete. Sie scharte eine Reihe gleichgesinnter Frauen, wie Luise Post und Freimarie von Hohenhausen, um sich, deren Persönlichkeiten schon dafür bürgten, daß der Gründungsaufruf, den besten Rat erteilte wurde. Die Arbeit geht rasch voran, und schon in demselben Jahre 1895 gehen wir zu München den ersten katholischen Mädchenschulverein entstehen, der sich unter dem Schutze der Mutter Gottes vom Guten hat stelle und daher den Namen „Marianischer Mädchenschulverein“ annimmt.

Seine Ziele weisen ein ausgebreitetes Arbeitsfeld auf: Es soll für die Fremde werden, daß kein katholisches Mädchen sich in der Fremde verliere und vereinsamt fühle; keines darf an der Seele Schaden nehmen. Der Verein will alle weiblichen Berufe umfassen und der weiblichen Jugend in den langen, sorgenvollen Stunden, der selbigen Bedürfnis mütterlich treu zur Seite stehen. Auch hier erkennt wiederum Gräfin Preysing, daß nur eine einheitliche, großartig angelegte Organisation diese Ziele zu erreichen vermag. Eine Organisation, die Kraft ihrer festen, allumfassenden Weltanschauung ihre Fäden auch über die eigenen Landesphänomene ausspannen könne. Darin lag zweifellos die große Schwierigkeit, die nur durch ein zielbewusstes Streben und einen festen Willen zu bewerkstelligen war. Wie langsam und mühsam die ersten Schritte des Vereins waren, schildert die Gräfin Preysing selbst in dem wertvollen Aufsatz: „Ein Vierteljahrhundert Marianischer Mädchenschulvereine in Bayern.“ (Vergleiche Caritasblätter 19. Jahrgang 5. und 6. Heft 1920. Verlag des Caritasverbandes München, Dürrenstr. 93.)

Doch Gräfin Preysing ließ sich durch Mißerfolge in ihrem Glauben an die gute Sache, der sie dienen wollte, nicht beirren. Sie setzte die Arbeit unermüdet fort, und schon im Jahre 1897 tritt wiederum zu München eine internationale Konferenz zusammen, bei der über die gemeinsamen Richtlinien und den Zusammenhalt nationaler Vereine untereinander eingehend beraten wird. Als Endergebnis findet am 10. 8. 1897 die Errichtung des Internationalen Verbandes der katholischen Mädchenschulvereine in Freiburg in der Schweiz statt. Dort hat die Organisation bis heute ihren Sitz (Geschäftsstelle: Reichengasse 24). Als internationales Abzeichen wird der Namenszug Mariens mit den päpstlichen weiß-gelben Farben gewählt. Nun hieß es neue Arbeitsgebiete eröffnen, neue Wege finden, um die Hilfe wirksamer und zielmäßiger zu gestalten. Als eine gewaltige Arbeitsleistung ist unbedingt der „Führer“ zu erwähnen, der ein Vorfahrengedächtnis von zuverlässigen Vertrauenspersonen und katholischen Heimen des In- und Auslandes darstellt. Jeder konnte das Buchlein seit 1918, der hohen Kosten wegen, nicht mehr herausgegeben werden. Nur eine kleine Auflage von 1922 bringt einige Adressänderungen.

Ferner gelang es dem Verein, der als gemeinnützige Einrichtung keine Mittel bezieht, um eigene Heime zu gründen, die bestehenden Schwesternhäuser zu bewegen, eigene Betten für durchreisende Mädchen und Frauen freizuhalten. Nur in einzelnen Städten wie München, Mainz, Berlin war es möglich, einige bestehende Mäntelchen für diese Zwecke zu erwerben. In München eröffnete der Mädchenschulverein während des Krieges eine Bergerie, die Marienherberge, Wilhelmsstr. 23. Außerdem besteht in München für die Schülerinnen der Lehrerbildungsanstalt das Seminarstift „Maria

Treu“, Juppelstraße 67 II. — ein Stiefkind der verstorbenen Gräfin. Sämtliche Heime an dieser Stelle zu erwähnen, ist unmöglich.

Die vom Mädchenschulverein unterhaltenen Stellenvermittlungen Bayerns sind seit Oktober 1920 als „Bayerischer Landesverband katholischer Stellenvermittlungen“ dem Reichsverband der kathol. Stellenvermittlungen“ angeschlossen. Kurz nach der Gründung des ersten Mädchenschulvereins konnte man am Münchener Bahnhof zuerst Helferinnen sehen, die mit angefeuertem weiß-gelber Schleife, bei Wind und Wetter auf ihrem Posten anstarrten, um den ortsfremden Mädchen in einer gefühlvollen Lebensstunde Schutz und Weisung angedeihen lassen. Ein großes Werk der Nächstenliebe! Seit der Zeit hat sich das Werk ausgedehnt. Fast an sämtlichen größeren Bahnhöfen und wichtigen Eisenbahnstationen sind katholische Bahnstiftungen zu beobachten. Sie arbeiten im besten Einvernehmen mit den bestehenden evangelischen Bahnstiftungen und haben schon vielfach Anerkennung seitens der Bahnbehörde gefunden. Daß stelte sich heraus, daß ein nationaler Zusammenschluß zur Förderung der bestehenden Vereine unbedingt erforderlich sei. Im Jahre 1902 wurden die Satzungen entworfen, und 1906 der Deutsche Nationalverband der kathol. Mädchenschulvereine gegründet. Als Sitz wurde Frankfurt a. M. gewählt. Nun nahm die Arbeit zusehends zu.

Nach dem Tode seiner ersten Vorsitzenden Frau Fontana-Röhe war der Verband längere Zeit ohne eine führende Hand. Die Wiederübernahme der ausübenden Befehlsbefugnisse, die stiftliche Aufnahme der Aufgaben und Arbeiten drängten zu einer Zusammenlegung, die ihre Erfüllung in der Errichtung eines Generalsekretariats fand. Seit Oktober 1922 befindet es sich in Freiburg i. Br. Velfortstraße 20. Auch der schwierigen Verhältnisse kann das Generalsekretariat getreu den Grundsätzen der verdienten Vorkämpferin der Mädchenschulbewegung heute eine starke Junonabe der Arbeit verzeichnen. Heute zählt der Verband 9 Diözesanverbände, mit 401 Ortsvereinen; 85 Bahnstiftungen; 253 Heimen für durchreisende Frauen und Mädchen. In den Barocksälen und der Eisenbahnhallen sind Plakate angebracht mit der Angabe der Vertrauensstellen.

Außerdem ist die Hauptstelle des Nationalverbandes als öffentliche Anstalt für weibliche Auswanderer vom Reichsverbandesamt anerkannt worden, und somit die Möglichkeit erhalten, die zunehmende Auswanderungslust bei der weiblichen Jugend zu überwinden und die Auswandererinnen zu betreuen.

An der Spitze des Nationalverbandes steht seit der letzten Generalversammlung im Juni 1923, die im öffentlichen Leben dem katholischen Volkstum gut bekannte und allgemein geschätzte Frau Christine Teusch, Witwe des Reichstags — über der gelamten Arbeit aber steht der Geist der verstorbenen Gründerin. Egenenreiche Erfolge hat sie durch ihren unermüdbaren Fleiß erzielt, wir haben ihr Werk als treues, lohnbares Verwirklichung übernommen. An uns ist es, uns des Schatzes würdig zu setzen.

Unsere Zeit ist groß an Gefahren, unsere Jugend schwach an irdischen Kräften. Doch ist nicht das letzte Wort gefallen, aber es ist an der Zeit, die Jugend in ihrem innerlichen Leben zu stärken, ihr das Leben nur zu oft fehlende Mütterliche zu ersetzen.

Sollte nicht am Grabe der verdienten Verstorbenen der Ruf erschallen: Alle Frauen herbei zur Rettung der unterdrückten Seelen. Soll nicht das begonnene und mit solcher Hingebung durchgeführte Werk als ein Lebensbaum der sieghaften Kraft unserer katholischen Glaubens der Jugend erhalten bleiben? Dann aber darf sich kein Frau der moralischen Pflicht entziehen bei dieser Rettungsarbeit ihre Hand anzulegen, vor allem aber kein Mutter! Der Mädchenschulverein braucht alle! Wer nur einen kleinen Teil der Verstorbenen als Dank der katholischen Mütter gelten, und der Vater im Himmel — für ihre liebende Seele und ihre hilfsbereite Hand sie tausendfach belohnen!

Aus dem sozialen Leben.

Die neue Lohnneuzahl für Arbeiter und Beamte.

Berlin, 2. Nov. Aufgrund der gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenverbänden der Beamten, Angestellten und Arbeiter wurde die Lohnneuzahl für die Arbeiter für die laufende Woche auf 20 Millionen und die Neuzahl für die Beamtenbezüge auf 4,062 Millionen für das erste Monatsviertel festgesetzt.

Die Kampfgemeinschaft der Beamten nicht zustande gekommen.

Berlin, 2. Nov. Donnerstag haben weitere Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsrat, dem Deutschen Beamtenbund und Allgem. Deutschen Beamtenbund zwecks Bildung einer Kampfgemeinschaft der Beamten stattgefunden. Die Verhandlungen sind verplatzt worden.

Der Kaplan von Heiligenberg.

19) Roman aus der Zeit des Kulturkampfes von Hubertus-Kraft Graf Strachwitz.

Da gab es Gesehe über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über die kirchliche Disziplinargewalt, über den Gebrauch kirchlicher Strafmittel und über die Staatsaufsicht. Da wurde der Austritt aus der Kirche den Menschen durch große Erleichterungen geradezu angeboten, und noch mancher Köder dazu hingeworfen. Das waren die famosen Waigesehel. Nochten Bischöfe und Erzbischöfe protestieren, mochten die Politiker der Zentrumspartei auf alles kommende Leid hinweisen und sich beinahe frank reden. Nichts half. So entstand der berühmte passive Widerstand, der sich wie von selbst in den Massen festsetzte, organisierte, und zu dem auch Briefe und Bischöfe ihre Zuflucht nahmen. Der Staat und seine Träger glaubten wirklich Seelen durch Paragrafen reglementieren zu können, Verlägte der Seelenkomment, setzten die Strafen ein. Väterlich! Als wenn man durch eine Geldstrafe gezwungen werden könnte, auf den Himmel und die Seligkeit zu verzichten. Das Geld wurde beschafft, die Gläubigen brachten es auf. Da wurde zu anderen Mitteln gegriffen. Gefängnisse! Ein Satz des Entsetzens ging durch die katholische Welt. Ledochowski, Erzbischof von Gnesen-Posen, wurde in das Gefängnis abgeführt, zu zwei Jahren verurteilt. Warum? Weil er seine Herde und seine Priester liebte und schützte. Er wurde der erste Wärtler. Wärtler schaffen Bekennernut. Papst Pius IX. legte ihm später den Kardinalspizur um, als wenn er Blut für seine Treue vergossen hätte. Die anderen Bischöfe, ohne jede Ausnahme, standen, gleich ihm, im Glanzen fest. Und schon das Jahr 1874 sah die ehr-

würdigen Sitten von Trier und Köln und manchen anderen Bekennerbüchse in das Gefängnis wandern für ihre Treue. Doch es war auch die Mitleidzeit für die Alt Katholiken. Wohl fand der Staat keinen abtrünnigen Bischof, aber er fand einen Professor an der Breslauer Universität, Reinkens, der sich von einem jansenistischen Bischof weihen ließ und in Bonn als Bischof seinen Sitz nahm. Da war es um Wärrer Sender in Heiligenberg geschehen, er selbst rechnete bei weiterer Ausdehnung der neuen Kirche auf einen Bischofsstift, daher wurde er zum Judas.

15. Sender hatte eine Konferenz mit dem Landrat, es folgte eine Reise zum Oberpräsidenten der Provinz, und dann kam der Tag! Es war der letzte Maien Sonntag, an dem er mit seiner weißen Löwenmähne vor seiner Gemeinde auf der Kanzel stand, unwertet von der Notwendigkeit einer Staatskirche predigte, von dem falschen Widerstand Roms sprach und von der erforderlichen Liebe zum Vaterlande. „Und deshalb“, schrie er überbeher auf seine Gemeinde hinab, „und deshalb habe ich mich losgelöst, deshalb habe ich mich den Alt Katholiken angeschlossen, deshalb nehme ich in deren Namen Besitz von meinem Gotteshaus und fordere euch alle auf, sich nicht von mir zu trennen, mir zu folgen. Eure Seelen werden darunter nicht Schaden leiden. Bleiben wir einig, damit unsere Herde nicht zersprengen werde, damit wir eins bleiben, ein Hirt und eine Herde.“

Da schrie aus irgendeiner verborgenen Ecke jemand: „Einig im Berrat.“ Es war die Wittib. Dann Totenstille. Sender starrte auf seine Gemeinde, suchte sie mit hypnotischen Kräften an sich zu ziehen. Die Leute waren wie gelähmt. Ein Gebetsbuch krachte von der Bank

auf die Erde, dann hörte man Frauen seufzen und stöhnen, und Männerstimmen begannen auf dem Chore zu streiten. In der Zone der Standesherrschaft, die nur Sonntags besetzt wurde, fielen scharf und kläglich die Fensterflügel auf.

Wärrer Sender sagte: „Jetzt werde ich die Messe lesen.“

Es sollte ruhig klagen, aber der gähnige Ton der Erregung klabte an seiner Zunge. Ein Hühnerstehen setzte ein, geräuschvoll standen Frauen auf, die halblaut nach ihren Kindern riefen: „Nach Hause gehen!“

Sin und wieder herrschte eine Männerstimme von hinten nach vorn: „Sierbleiben!“

Kaplan Franz Ziegler, der die Frühmesse gelesen, ging oben in seinem Studierzimmer auf und ab und bereitete sich für die Predigt vor, die regelmäßig um 10 Uhr nach dem Hochamt gehalten wurde.

Seine Schritte folgten dem schmalen Läufer, der das nach dem Kirchplatz hinausgehende Fenster mit der Tür verband, die zum Schlafzimmer führte. Eben war er wieder am Fenster, und gewohnheitsgemäß fielen seine Blicke auf den Nagel hinans — da gewahrte er überrascht eine staltliche Anzahl von Frauen und Kindern, lebhaft gestikulierend dem Kirchportal entströmten. Was taten sie da? War der Gottesdienst beendet, unterbrochen? Ein Blick auf den Kirchturm, der große Feiler lag drei Minuten nach 9 Uhr. Warum säßen diese Leute, warum weinten einige, warum lichen sie sich, dröhnten mit Häupten nach dem Gotteshaue zu? Da frug es ihm heiß auf, eine Ahnung, — er riß das Fenster auf: „Was ist geschehen?“

„Der Herr Kaplan“, schrien an hundert Stimmen. Es klang wie ein Ruf nach Erlösung. Dann überlante die Stimme der Wittib alle: „Wir sind ver-

raten, verkauft, kommen Sie schnell! Ein Judas steht drinnen am Altar!“

Klirrend floß das Fenster zu. Kaltweiß stand Ziegler, er verstand diese Worte. Er hatte dieses Ereignis kommen sehen, seit Wochen, seit Monaten. War damals kühn in das Arbeitszimmer des Wärrers gedrungen, hatte ihn wegen seiner zweideutigen Stellung zu Rede gestellt. Sender wies ihm kalt die Türe: „An meinem Hause bin ich Herr.“

Der Wärrer hatte dann die Verletzung des Kaplans verlangt, aber dieser Antrag bestärkte die geistliche Behörde, ihn nicht nur in Heiligenberg zu lassen, sondern ihm noch besondere achtsame Inspektionen zu erteilen und, um der gerechten Sache willen, ihn auch mit außerordentlichen Maßvollkommenheiten auszustatten. Hundertmal hatte sich Ziegler ausgedacht, was er in diesem Falle tun würde, hatte sich die Lage schwieriger ausgemalt und war nun doch überrascht. Zwei bis drei Minuten stand er hinter den verschlossenen Schreien und starrte auf die durcheinander streifenden Menschen, deren Augen auf dem Hausportal hinan, als wenn sie den Erlöser erwarteten, ihn, der nun ihre Stütze, ihr Trost sein würde. Aber er kam nicht zu ihnen. Mit einer tiefen Feste zwischen den angeschwollenen Augenlidern stieg er in den ersten Stock hinab, öffnete die Zimmer des Wärrers, durchschritt eines nach dem andern, bis er in der Schlafstube am Bett stand. Dort über dem Kopfstein hing an einem hakenartigen Nagel ein starker Bund Schlüssel. — Nach ein kurzes Ragen, dann ein energischer Griff, der Bund lag in Franz's Händen und verschwand gleich darauf zwischen den Falten der Bekleidung. Ruhig schritt Ziegler durch die Zimmer zurück. Wie leicht es ihm gelungen war! Wenn Sender amnestend gewesen wäre, hätte es einen Kampf gekostet. (Fortsetzung folgt.)

Wie mit d Schin

(Zeit im Wege) dort vom Nationalismus zur Nationalen Landespost, deutsche Zeitung, damit, daß sie und Widerpaar als die hoffnungsvollen Staatsbürger, andererseits m bergischen Staatsrolle zwischen „Gerummerten rubers“ nach r hat an diesem Reichsgedanken rität im höchsten noch nicht genau meingefährliche wordenen Natte geben, daß am Schlagwort „Lage, die stiftliche Aufnahme der Aufgaben und Arbeiten drängten zu einer Zusammenlegung, die ihre Erfüllung in der Errichtung eines Generalsekretariats fand. Seit Oktober 1922 befindet es sich in Freiburg i. Br. Velfortstraße 20. Auch der schwierigen Verhältnisse kann das Generalsekretariat getreu den Grundsätzen der verdienten Vorkämpferin der Mädchenschulbewegung heute eine starke Junonabe der Arbeit verzeichnen. Heute zählt der Verband 9 Diözesanverbände, mit 401 Ortsvereinen; 85 Bahnstiftungen; 253 Heimen für durchreisende Frauen und Mädchen. In den Barocksälen und der Eisenbahnhallen sind Plakate angebracht mit der Angabe der Vertrauensstellen.

Außerdem ist die Hauptstelle des Nationalverbandes als öffentliche Anstalt für weibliche Auswanderer vom Reichsverbandesamt anerkannt worden, und somit die Möglichkeit erhalten, die zunehmende Auswanderungslust bei der weiblichen Jugend zu überwinden und die Auswandererinnen zu betreuen.

An der Spitze des Nationalverbandes steht seit der letzten Generalversammlung im Juni 1923, die im öffentlichen Leben dem katholischen Volkstum gut bekannte und allgemein geschätzte Frau Christine Teusch, Witwe des Reichstags — über der gelamten Arbeit aber steht der Geist der verstorbenen Gründerin. Egenenreiche Erfolge hat sie durch ihren unermüdbaren Fleiß erzielt, wir haben ihr Werk als treues, lohnbares Verwirklichung übernommen. An uns ist es, uns des Schatzes würdig zu setzen.

Unsere Zeit ist groß an Gefahren, unsere Jugend schwach an irdischen Kräften. Doch ist nicht das letzte Wort gefallen, aber es ist an der Zeit, die Jugend in ihrem innerlichen Leben zu stärken, ihr das Leben nur zu oft fehlende Mütterliche zu ersetzen.

Sollte nicht am Grabe der verdienten Verstorbenen der Ruf erschallen: Alle Frauen herbei zur Rettung der unterdrückten Seelen. Soll nicht das begonnene und mit solcher Hingebung durchgeführte Werk als ein Lebensbaum der sieghaften Kraft unserer katholischen Glaubens der Jugend erhalten bleiben? Dann aber darf sich kein Frau der moralischen Pflicht entziehen bei dieser Rettungsarbeit ihre Hand anzulegen, vor allem aber kein Mutter! Der Mädchenschulverein braucht alle! Wer nur einen kleinen Teil der Verstorbenen als Dank der katholischen Mütter gelten, und der Vater im Himmel — für ihre liebende Seele und ihre hilfsbereite Hand sie tausendfach belohnen!

Aus dem sozialen Leben.

Die neue Lohnneuzahl für Arbeiter und Beamte.

Berlin, 2. Nov. Aufgrund der gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenverbänden der Beamten, Angestellten und Arbeiter wurde die Lohnneuzahl für die Arbeiter für die laufende Woche auf 20 Millionen und die Neuzahl für die Beamtenbezüge auf 4,062 Millionen für das erste Monatsviertel festgesetzt.

Die Kampfgemeinschaft der Beamten nicht zustande gekommen.

Berlin, 2. Nov. Donnerstag haben weitere Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsrat, dem Deutschen Beamtenbund und Allgem. Deutschen Beamtenbund zwecks Bildung einer Kampfgemeinschaft der Beamten stattgefunden. Die Verhandlungen sind verplatzt worden.

19) Roman aus der Zeit des Kulturkampfes von Hubertus-Kraft Graf Strachwitz.

Da gab es Gesehe über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über die kirchliche Disziplinargewalt, über den Gebrauch kirchlicher Strafmittel und über die Staatsaufsicht. Da wurde der Austritt aus der Kirche den Menschen durch große Erleichterungen geradezu angeboten, und noch mancher Köder dazu hingeworfen. Das waren die famosen Waigesehel. Nochten Bischöfe und Erzbischöfe protestieren, mochten die Politiker der Zentrumspartei auf alles kommende Leid hinweisen und sich beinahe frank reden. Nichts half. So entstand der berühmte passive Widerstand, der sich wie von selbst in den Massen festsetzte, organisierte, und zu dem auch Briefe und Bischöfe ihre Zuflucht nahmen. Der Staat und seine Träger glaubten wirklich Seelen durch Paragrafen reglementieren zu können, Verlägte der Seelenkomment, setzten die Strafen ein. Väterlich! Als wenn man durch eine Geldstrafe gezwungen werden könnte, auf den Himmel und die Seligkeit zu verzichten. Das Geld wurde beschafft, die Gläubigen brachten es auf. Da wurde zu anderen Mitteln gegriffen. Gefängnisse! Ein Satz des Entsetzens ging durch die katholische Welt. Ledochowski, Erzbischof von Gnesen-Posen, wurde in das Gefängnis abgeführt, zu zwei Jahren verurteilt. Warum? Weil er seine Herde und seine Priester liebte und schützte. Er wurde der erste Wärtler. Wärtler schaffen Bekennernut. Papst Pius IX. legte ihm später den Kardinalspizur um, als wenn er Blut für seine Treue vergossen hätte. Die anderen Bischöfe, ohne jede Ausnahme, standen, gleich ihm, im Glanzen fest. Und schon das Jahr 1874 sah die ehr-

Die gegenwärtig größere Sammel Wirtenbergers, ergebnig vertrete Th. Engels diten Sinn für „flotte“ Hand an „Donig! Das ist um einen recht h Lunsi man aller breiten, „goldenen Geckelsteten er Reichenlunsi spre man hat den Seelischen Vereng und endlich auf Betrachtet auf, ist zu deutlich b Stäblicher haben die peinlich mann stellt ein Bneuenfisen finden wir B. Mann, Aug. Die Heidenunz einem bestimmter Zell es sich um E rsten Teil mach

Baden.

Wie mit dem „nationalen Gedanken“ Schindluder getrieben wird!

Seit im Bayern des Herrn von Kahr das Schlagwort vom nationalen Gedanken und vom Antimarkismus zur Richtschnur einer höchst reichsgefährlichen Landespolitik geworden ist, weiß sich die Süddeutsche Zeitung kaum mehr zu fassen. Nicht genug damit, daß sie jede der bayerischen Hochbeinigkeiten und Widerbarkeiten gegen Berlin und das Reich als die hoffnungsvollen Zeichen des Andrucks einer neuen Staats- und Reichsreform preist, daß sie andererseits mit wahrer Ungeduld den württembergischen Staatspräsidenten um der Vermittlerrolle zwischen München und Berlin willen zum Herumwerfen des württembergischen Steuerhahnen nach rechts anzuernern zu können glaubt, sie hat an diesem segensreichen und weiß Gott für den Reichsgedanken und die Erhaltung der Reichsautorität im höchsten Maße gefährlichen Treiben noch nicht genug. Neuerdings scheint sich dieses gemeingefährliche Organ eines vollkommen blind gewordenen Nationalismus der Hoffnung hinzugeben, daß auch in Baden mit ihrem besonderen Schlagwort „Los von der Sozialdemokratie“ und „Her mit der nationalen Regierung!“ Geschäfte zu machen sein könnten. Natürlich ein echtes und rechtes deutschnationales Parteigeschäft. Denn nur darum bemüht die Südd. Ztg. ihre alten Reimtruppen wieder ausgerechnet nach der Zentrumsseite hin auszuliegen. Man will mit Argumenten, die ein geradezu vernichtendes Urteil über die moralische Qualifikation ihres badischen Mitarbeiters fällen lassen, das Bürgerturn und vorab das bad. Zentrum scharf machen gegen die Sozialdemokratie, mit der man sich in Koalitionsgemeinschaft befindet. Warum? „Sozialdemokraten waren in der Pfalz die Verräter und Baden wird, obwohl man den Zentrumsführer Dr. Schofer den unacräftigen König des Musterlandes nennt, sozialdemokratisch regiert.“ Das heißt doch, wenn für diesen Mitarbeiter der Südd. Ztg. die Gesetze der Logik nicht ebenso außer Geltung sind wie die primitivsten Regeln der moralischen Anständigkeit — die es u. a. auch in der Politik gibt —, nichts anderes als, nachdem pfälzische Sozialdemokraten in der Autonomen Aktion Landesverrat begangen haben unter der schärfsten Verurteilung der gesamten Sozialdemokratie, dann besteht latent auch in dem angeblich „sozialdemokratisch regierten“ Baden eine „nationale Gefahr“. „Und da türmt sich“, so schreibt das deutschnationale Blatt, „und gerade für das Zentrum die Frage auf: Was würde geschehen, wenn Frankreich in Baden denselben Gewaltstreik tun würde, wie in der Pfalz?“ Darauf gibt selbstverständlich der Mitarbeiter der Südd. Ztg. in seiner Demagogikart nur zwischen den Zeilen und andeutungsweise eine Antwort, die, soweit dabei der badische Staatspräsident abostrophen wird, zum Niederrichtigen gehört, was sich dieses an politische Gehässigkeit und Schamlosigkeit wahrlich kaum zu überbietende Blatt je geleistet hat.

Kunstverein.

Die gegenwärtige Ausstellung des Kunstvereins bringt größere Sammelreihen von Werken S. Thomas und E. Württembergers. „Jüngere“ Kunst ist nicht sonderlich ergiebig vertreten. E. Engels Studien verraten einen gründlich gebildeten Sinn für farbigen Wiederaufbau. Eine gewisse Sprödigkeit des Duktus hemmt den Künstler vorläufig noch im freien Gebrauch seiner Fähigkeiten. Phantasie ist offenbar keine schwächere Seite, und so geht es bisweilen nicht ohne leere oder gewalttätige Stellen ab. S. Würtberger hat sich demgegenüber schon so recht die „flotte“ Hand angewöhnt. Sein Pinsel träuft Zucker und Honig! Das ist wohl bedauerlicher, als es sich bei ihm um einen recht umgeben Menschen handelt, in dessen Zukunft man allerdings, da er nun einmal den bequemeren, „goldenen“ Mittelweg spazieren will, keine Fortschritte erwarten wird. Fr. Siegrists christliche Zeichnung spricht da doch weit erfreulicher an. Aber man hat den Eindruck einer von Wichtigtuerei fernem seltsamen Verengung. So kommt bei diesen jüngerem und peinlich aufgebauten Bildern doch der Gedanke im Betracht auf, daß, wer nie wagen will, eben auch nie gewinnen wird: das Element der physischen Romantik ist zu deutlich betont. A. Probsts Landschaften und Städtebilder haben alle Nachteile ähnlicher Einstellung, ohne die peinliche Sauberkeit Siegrists. S. v. Bollmann stellt eines seiner Nebenfelder zur Schau. S. Württembergers Wälder sind grünes Gras. Ferner finden wir W. Müller, Jul. Graf, S. v. Cloßmann, Aug. Fischer, El. Weier-Kauffmann. Die Zeichnungen Hans Thomas sind nicht nach einem bestimmten Gesichtspunkt ausgewählt. Meist handelt es sich um Studien ohne Bildcharakter, einen ziemlich seltenen Teil machen Wälder aus. „Kritik“ ist hier über-

funden Wahrung der nationalen Interessen völlig homogenen badischen Kabinetts Ausdruck gegeben.

Wenn sich die Südd. Ztg. ihrer Verantwortung für ihre niederträchtigen Verdächtigungen ebenso klar bewußt wäre, wie das badische Zentrum seiner nationalen Verantwortung sich bewußt ist und darin der Zuverlässigkeit seiner Koalitionsparteien sicher sein kann, wäre dies gut. Wir halten aber einwenden für, daß Artikel wie der zitierte (in Nr. 461) ohne diese Verantwortungsgesühl in die Welt gesetzt werden. Gerade unter dem Gesichtspunkt der politischen Verantwortung, die heute ernstlich dem je zu nehmen ist, sollten sich u. a. gewisse a. Bt. in dieser Hinsicht kompetente Stellen unbedingt dafür interessieren, daß und wie — nötigenfalls mit den schärfsten Mitteln — solcher Verhöhnung um jeden Preis das Maß von Verantwortlichkeitsgefühl gebracht wird, ohne das in diesen Tagen öffentliche Meinung zu machen ein Verbrechen an Volk und Vaterland ist.

Hilfswirtschaft und Presse.

Herr Hitler in München hat vor einiger Zeit einen „Gesandten“ nach Rom geschickt, der sich dort „interbiene“ ließ. Ebenso läßt er von Zeit zu Zeit verkünden, daß er „Selbststudien“ abhalte. Die Franzosen benötigen dieses Getöse zu immer neuen und schweren Drangsalierungen gegen Deutschland. Außerdem haben sie in Bayern ein ganzes Schod von Aufpassern, die ihnen über alles, was dort vorgeht, genauen Bericht erstatten. An sich kann also den Franzosen nichts mehr vertragen werden. Und doch muß die Art, wie eine gewisse Presse über die Vorgänge in Bayern berichtet, auf tiefste Bedauern werden. Demokratische und sozialistische Zeitungen bringen lange Berichte über den angeblichen Aufmarsch der Hitlertruppen in Bayern. Nach diesen Berichten zu schließen müßten an der bayerisch-hilfswirtschaftlichen Grenze ganze Armeen aufmarschiert sein. Ernsthaftige Menschen lachen über solche Zeitungsmedlungen. Aus Hitlerbanden modern ausgerüstete militärische Formationen zu machen ist aber vollendeter Verrat an deutschen Volk. Bedauerlich ist, daß nun auch die amtliche karlsruher Zeitung diese Sensationsmeldungen aufnimmt. Sie schreibt: Bayerische Kampforganisationen an der bayerisch-hilfswirtschaftlichen Grenze.

Aus Weimar wird von einer bedrohlichen Lage an der bayerisch-hilfswirtschaftlichen Grenze berichtet. Koburg sei der Sammelpunkt der Brigade Eberhard, bei Kronach dagegen hätten starke Waffierungen nationalsozialistischer Regimenter stattgefunden. Außer der normalen Bewaffnung, Leichten und schweren Maschinengewehren, sollen die beiden irregulären Kampforganisationen auch über Artillerie, sowie Flammwerfer und die neuesten Erfindungen moderner Aufklärungsdienste verfügen. Die Lage der an der bayerischen Grenze aufgestellten Landespolizei Thüringens sei durch diese Vorgänge außerordentlich bedroht. Die Thüringer Landespolizei sei allein nicht in der Lage, auf die Dauer den eindringenden Gegner aufzuhalten.

„Aus Weimar wird gemeldet.“ Wer hat der karlsruher Zeitung diesen Wären aufgebunden? Wer denkt, wenn er von „starken Waffierungen“ liest, nicht an Kriegsberichte? Hat die karlsruher Zeitung kein Verständnis dafür, wie Herr Poincare und seine Presse diese Sensationsmeldungen dazu benutzen wird, um drängen in der weiten Welt Stimmung gegen Deutschland zu machen? Wer solche Sensationsmeldungen veröffentlichen, begeht u. a. nicht in der Absicht aber im Effekt Verrat an deutschen Volk. Wir beurteilen das Gebahren des Herrn Hitler und seiner Spießgesellen, die Art aber, wie demokratische und sozialistische Zeitungen und nun auch noch die karlsruher Zeitung darüber berichten, kann man nur als durchaus unüberlegt bezeichnen. Damit gibt man Poincare neue Advokaten in die Hand; denn die Sensation, die mit solchen schlicht nicht begründeten Meldungen getrieben wird, gibt allen Kessern Deutschlands in Frankreich drüben den von ihnen gewünschten Hintergrund.

Der Landtag

wird am 7. November wieder zusammentreten. Die Tagung wird aber nur von ganz kurzer Dauer sein. Es sind Formalien zu erledigen und dann die jedes Jahr im November stattfindende Wahl des Staatspräsidenten vorzunehmen, der diesmal wieder der Zentrumspartei entnommen wird. Ob eine politische Aussprache über die Lage stattfinden wird, steht noch dahin. Beabsichtigt ist sie nicht; auf jeden Fall wird sie kurz sein. Im Januar beginnt die

ordentliche Tagung des Landtags; doch ist anzunehmen, daß auch sie, von dem Fall außerordentlicher Entwicklungen abgesehen, nur kurz sein wird, weil der Regierung Zeit gelassen werden muß, bis sie den Haushaltsplan auf die Goldmark umgestellt hat.

Amliche Nachrichten.

Aus dem badischen Schulwesen. Die Prüfungen für Schulfremde (Extraneer) an den höheren Schulen im Jahre 1924 werden — gleichzeitig mit den ordentlichen Prüfungen der Vorklassen und den Schlußprüfungen der sechsstufigen Realschulen — gegen Ende des Schuljahres (vor Ostern 1924) abgehalten werden. Gesuche um Zulassung zu diesen Prüfungen sind im Laufe des Monats Dezember einzureichen. Zu diesen Prüfungen werden nur solche Privatschüler zugelassen, die durch die Staatsangehörigkeit oder den jeweiligen Wohnsitz ihrer Eltern auf Baden angewiesen sind. — Bei den im September in Karlsruhe abgehaltenen Dienstprüfungen wurden 104 Kandidaten für bestanden erklärt.

Chronik.

Heidelberg, 30. Okt. Nachdem erst vor 14 Tagen aus dem Pulverhäuschen von Wilhelm Weigel in Rohrbach ein Zentner Schwarzpulver und viel Jagdmunition gestohlen worden sind, wurde nunmehr in der Zeit vom 27. bis 29. Oktober aus dem Pulverhäuschen im Steinbrunn Hellenbach eingeschoben und 3 Kilo Silbit, 5 Kilo Schwarzpulver, 600 Sprengkapseln und ein mit Schwarzpulver gefülltes Munitionskästchen von noch unermittelten Tätern gestohlen. Ebenso wurde in das Pulverhäuschen in Eichelbrunn eingeschoben und daraus 350 Sprengpatronen, 60 Sprengkapseln und 15 Meter Zündschnur entwendet. Es wird angenommen, daß zwischen diesen Diebstählen ein bestimmter Zusammenhang besteht.

Gestern mußte der 18jährige Schloffer Albert Weingöb durch einen traurigen Unglücksfall sein Leben einbüßen. In Begleitung seines Freundes machte er mit einer selbstgefertigten Stockfinte Jagd nach Eichhörnchen, deren Felle er verwenden wollte. Beim Zerlegen der Stockfinte kam er unvorsichtigerweise mit seinem Fuß an den Abzugsbügel, worauf ihm die volle Schrotladung in den Unterleib drang, was den sofortigen Tod herbeiführte.

Mannheim, 30. Okt. Gestern kam es in Leutershausen zu einer folgenschweren Schießerei. Verschiedene Waldhüter wurden, die mit ihren Hunden hierhergekommen waren, bedrohten in angetrunkenem Zustande die Gasse im Gohlhaus „zum Strohhaus“ mit Schüssen, indem sie ihnen die Revolver vor die Stirne legten. Auf dem Heimweg schossen sie am Ausgange des Dorfes einen Hund nieder und bedrohten den Besitzer des Hauses ebenfalls mit Schüssen. Ein des Weges kommender Gendarm von Schriesheim nahm den Veltker der Waffe fest und führte ihn in das Arrestlokal ab. Dort kam es zu einer schweren Schlägerei, bei der der Gendarm stark bedroht wurde. Schließlich mußte er von seiner Waffe Gebrauch machen und verletzte einen der Kaufbolde schwer.

Eberbach, 30. Okt. Der Prozeß wegen des Ueberfalls auf den Deutsch-Amerikaner Bergdoll in Eberbach ist für kurze Zeit verschoben worden und wird erst im November vor der Mosbacher Strafkammer verhandelt werden.

Söppingen, 29. Okt. Hier brannten die Scheuern der Landwirte Jul. Kaiser und Franz Karl Seeber bis auf den Grund samt allen Vorräten nieder. Die Ursache ist unbekannt, doch wird Brandstiftung vermutet.

Die Lebensmittelfammlung für die Caritas ergab hier zirka 150 Ztr. Lebensmittel aller Art. — Zur Anbringung von Rüstungsstempeln in unserer Kirche, sowie zur Reparatur der Orgel, die im Sommer streift, wurde von freiwilligen Spendern zirka 88 Ztr. Getreide und Hafer gespendet. — Die hiesigen Kalksteinbrüche, die früher einen glänzenden Betrieb aufwiesen, sind auch ein Opfer der Zeitverhältnisse geworden. Ein Teil ist geschlossen, während der andere in wenigen Wochen den Betrieb einstellt.

Wallbühl, 28. Okt. Infolge der Leuerung kam es auch hier zu Unruhen, wobei unbewohnte jüngerer Elemente sich zu Ausschreitungen gegen Geschäftsleute hinziehen ließen. Die Polizei mußte bekräftigt werden. Durch das Entgegenkommen der Landwirte, Genossenschaftsmühle und Bäcker konnte eine Milderung des Brotpreises erzielt werden. Auch sollen Kartoffeln von der Umgebung zu verbilligten Preisen geliefert werden.

Sasbach a. A., 30. Okt. Zwei Unglücksfälle sind letzter Tage hier vorgekommen. Dem Landwirt Heinrich Genter ward eine brüchige Sprosse an einer Leiter in der Scheune zum Verhängnis. Er stürzte bei Benützung der Leiter rückwärts ab und brach drei Rippen. — Der Sohn des Lorenz Langenbacher wurde beim Trinken der Gemeindefarre von einem wütend gewordenen Tiere angefallen und so schwer verletzt, daß ärztliche Behandlung notwendig wurde. — Am Rheine draußen, etwas abwärts der Brücke, am Fuße der Umburgfels, wird ein Grenzerhaus erstellt. Dasselbe soll ein Dienstzimmer und Wohnraumlichkeiten für vier verheiratete und einen ledigen Beamten enthalten. Das Balkengerippe ragt schon über die Baufeldmauern empor. Auf breiter Grundfläche angelegt, wird sich der Bau in einfachen architektonischen Formen zu mässiiger Höhe erheben. Es wird schon Frühjahr werden, bis die Grenzer das Gebäude beziehen und von seinen Fenstern Ausschau halten können auf die Rheinbrücke, welche einwillen mit ihnen die Arbeitslosigkeit, aber nicht die Vange- weile teilt. Hoffentlich ist die Zeit, wo die Grenzer wieder etwas zu tun bekommen, nicht mehr ferne.

Vom Feldberg, 30. Okt. Wie der Badische Schwarzwalddereim jetzt bekannt gibt, wird der Feldbergturn, der wieder in wohnbaren Zustand versetzt werden konnte, den ganzen Winter über geöffnet bleiben.

Guttenheim, 26. Okt. Die Arbeitslosigkeit wird auch hier immer fühlbarer. Zu den hiesigen Betriebsstillsetzungen aus Oppau, Mannheim und Karlsruhe kommen jetzt die Zigarrenarbeiter der Filialen Wiedermann-Untergrombach und Marx u. Schloß-Heidelberg. Dank der Mithilfe des Bürgermeisters Weid und Kaufmanns Weber hat die Holzfirma Fritz Kraft einen neuen Betrieb hier eröffnet. Ob aber alle Arbeitslose hier lohnende Beschäftigung finden, muß die Zukunft lehren. — Mit großer Enttäuschung vernahm man hier die Entschickung der Oberpostdirektion Karlsruhe, vom 1. November an die hiesige Postagentur ganz aufzuheben und den ganzen Postdienst von Neudorf aus versehen zu lassen. Damit wäre unser Ort mit 1400 Bewohnern wieder glückselig bei der Schneepost aus Urgröbners seligen Zeiten angelangt. Die Stationen zur Volksarmut werden immer deutlicher.

Neersburg, 31. Okt. Einen nachahmenswerten Beschluß hat die Stadtverwaltung gefaßt: Da die Beschaffung von Heften und anderem Schreibmaterial für die weniger Bemittelten immer mehr erschwert, für viele sogar zur Unmöglichkeit geworden ist, wird die Stadtverwaltung ihre alten, nur einseitig beschriebenen Akten an die Volksschule zur Benützung geben.

Ludwigsbühl a. B., 31. Okt. Auf sechs Lastautos trafen dieser Tage in Lindau Liebesgaben aus Forstberg für die bedrängten Klein- und Sozialrentner der Stadt Lindau ein. Der Transport enthielt 360 Ztr. Kartoffeln, eine bedeutende Menge Fett, ferner Mehl, Brennholz usw. Die Aktion stellt den Dank für die vor vier Jahren ausgeübte Liebesaktivität der Stadt Lindau für die damals bedrängte Bevölkerung von Bregenz dar.

Aus andern deutschen Staaten. Ludwigsbühl, 30. Okt. In hiesigen Werken der Badischen Millin- und Sodafabrik konnte die Arbeit wieder voll aufgenommen werden.

Gemeindepolitik.

Lodman, 29. Okt. Bei der Bürgermeisterwahl wurde Bürgermeister Huber einstimmig wiedergewählt.

Karlsruhe.

Allezeit. Nebel tropft von den Baumzweigen. Stille schleiert über Himmel und Erde dahin. Der Feld des Herbstes, erfüllt mit Erntewesen und Farbenpracht, ist gesehelt. Ein herber Ton klingt noch in einzelnen Baumspitzen. Ueber Gärten toschelt das Laub. — Zeit und Natur gewinnen zu Allezeit! Tod und Leben reichen sich die Hand, zerfleischen ineinander und münden ins Unendliche. Die Harpe der Natur tönt: Tod und Tod und Tod das Leben. Denn so wie Leben der Durchgang zum Tod, so ist Tod der Durchgang zum Leben. Was Kinder glaube erschaun, wird Kinderergötze zu Teil. Zweifel und Hoff gerinnen zu Göt. Glaube und Liebe erstehen in Gott. Leben und Tod! Zwei Worte aus Menschenmund. Anfang und Endziel der Endlichkeit. Leben und Tod ein Harpenton der Unendlichkeit. Was Leben nur auf, macht Tod ihm genit, was Leben erbaud, macht Tod ihm zu nicht. Beide quillen aus der Hand des Allmächtigen und entrollen sich still im menschlichen Sein. Seele wird Sieger über Leben und Tod! Seele sucht Seele in endlichem All. Seele tropft aus Gottesnähe und erlöst sich durch Erdenleben und Erden Tod zum Leben in Gott. Was rufen die Menschen aus engem Horizont des Krieges zu teil in der Lebensdeise? Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen? Der Tod! Und doch suchten sie Gott! Und fanden ihn im Tod, bei den Toten. Allezeit! Schwinge in der Zeit, entame zu Gott aus der Zeit!

Gestern begann der November seine Herrschaft mit dem Allerheiligentag. Die Stadt hat das Bild eines Festtages, der von vielen, und deren Zahl wächst immer mehr, gefeiert wird, während nebanan die Werklagsarbeit weiter geht. Es ist zu bedauern, daß Allerheiligentag nicht gefeiert für das ganze Reich als Feiertag festgesetzt worden ist. Man sucht auch noch das wenige, was staatsrechtlich an Allerheiligentag als Feiertag erinnerlich zu entfernen. Wie z. B. bei der Reichsbadendirektion, die zwar den Kirchgang am Morgen erlaubt und auch mittags frei gibt, aber die verbliebenen Dienststunden am Samstag nachmittags nachholen läßt. Diese Herabsetzung kommt von dem Preußen, wo man für Genit und Totengedenken wenig übrig hat, höchstens auf Kommando. Denn Allerheiligentag ist für das deutsche Volk, neben Allerzeiten, zum Totengedenntag geworden. Und wir glauben, es würde dem Staat nichts schaden, wenn er dem Beispiel der Kirche gefolgt wäre und den Allerheiligentag seinerseits zum Volksfeiertag erklärt hätte. Das wäre eines einigenden Band, nach dem wir in Deutschland so stark verlangen. Dieser als nationale Feiertage, die zwar auch ihre Berechtigung haben, doch das politische, wirtschaftlich und kulturell gespaltene deutsche Volk nicht einigen können. Wesser tut das der Gedanke an die Toten, die von uns gingen, und besonders an jene, die im Weltkrieg ihre Leben ließen. Wie jedes Jahr war auch gestern ein zahlreicher Gräberbesuch. Jmar erlaubt das wirtschaftliche Gend kein großes Schmeiden der letzten Wohnhaft der Toten, doch mehr als dies erfreuen die abgehenden Seelen ein süßes Gedenken und Gebet. Die Stadt veranfaltete gegen die Mittagsstunde auf dem Hauptfriedhof eine Gedächtnisfeier für die Kriegsoffer. In der Mitte des Ehrenriedhofs war ein großes mit Grün geschmücktes Holzkreuz als Ehrenmal für die Gefallenen errichtet. Die Kapelle der Vereinigung Bad. Polizeimilitär eröffnete die feierliche Feier mit der langsam und düster dahinströmenden Totenmesse zu Laies Tod aus Peer Gunt von Krieg. Herr Kirchenrat Ernst Fischer, dem die Ehre angeteilt worden war, die Ansprache zu halten, gab dieses den Verammelten als Mahnung auf den Heimgang: Von den Gräbern einen starken Glauben an den lebendigen Gott mitzunehmen. Wer fragen uns heute, was hat der Tod so vieler Tausender genügt? Niemand unter uns kann eine befriedigende Antwort darauf geben, doch das eine ist uns offenbar, daß eine Allmacht über uns waltet, die über Leben u. Tod auch jener Gezeiten entscheidet. Als die Weisen des geistlichen Volkslebens: „Rah! mich geben“ verklungen waren, legte eine Abordnung des Stadtrats, bestehend aus dem Oberbürgermeister und den beiden dienstältesten Stadträten, mit Worten der Dankbarkeit an die, welche für Deutschlands Freiheit und Sicherheit fielen, einen Kranz nieder. Damit hatte die Feier ihr Ende erreicht. Für die Abwidlung des

